

In der Vergangenheit sind bereits sehr, sehr viele zu uns gekommen, die sehr lange Verfahren gehabt haben und bei denen eine Integration stattgefunden hat. Diejenigen jetzt wieder aus der Integration herauszunehmen und abzuschieben, ist etwas, was die Bürgerinnen und Bürger nicht verstehen.

Ich sage es noch einmal – unsere Haltung ist hier klar –: Auf der einen Seite gehen wir konsequent gegen Kriminelle und Gefährder vor. Auf der anderen Seite werden wir großzügig gegenüber gut Integrierten sein. Kein Bürger versteht, wenn Sami A. frei in Nordrhein-Westfalen herumläuft und gut integrierte Familien abgeschoben werden. – Danke schön.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister. – Gibt es den Wunsch nach weiteren Redebeiträgen aus dem Plenum? – Das ist nicht der Fall. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrags Drucksache 17/4462** an den **Integrationsausschuss** – federführend – und den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales** zur Mitberatung. Die abschließende Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Möchte jemand gegen die Überweisung stimmen? – Sich enthalten? – Beides ist nicht der Fall. Dann haben wir so überwiesen.

Ich rufe auf

9 Zehntausende Eltern in Nordrhein-Westfalen fordern fairen Zugang zu frühkindlicher Bildung: Die Kita muss beitragsfrei werden.

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/4452

Ich eröffne die Aussprache. – Herr Dr. Maelzer hat für die antragstellende Fraktion der SPD das Wort.

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zehntausende Eltern in Nordrhein-Westfalen fordern: Die Kita muss beitragsfrei werden. – Wir haben es hier mit einer breiten Bewegung aus der Mitte der Gesellschaft zu tun.

Michael Fleuren ist Familienvater aus Duisburg. Er hat vor Kurzem mehr als 55.000 Unterschriften an den Petitionsausschuss übergeben.

Kurze Zeit später übergab Svenja Stahlschmidt aus Hürth mehr als 68.000 Unterschriften. Hier läuft die Unterschriftensammlung weiter. Inzwischen sind es 81.649 Unterstützer, die gemeinsam mit der zweifachen Mutter den Kampf gegen die Kitamaut führen.

Diesen mehr als 135.000 Menschen will die SPD auch hier im Parlament eine Stimme geben.

(Beifall von der SPD)

Als Michael Fleuren vor einigen Wochen mit seiner Frau und seinem kleinen Sohn Henry in den Landtag kam, erzählte er uns, dass viele Familien in seinem Freundeskreis vor der Entscheidung stünden, ob beide Partner wieder in den Beruf einsteigen. Angesichts der horrenden Kitagebühren lohnt sich eine Teilzeitstelle allerdings oft nicht. Für seine Frau Lisa und ihn war aber schnell klar, dass sie Henry die Chance auf frühkindliche Bildung nicht vorenthalten und den Kitaplatz finanzieren wollen.

Meine Damen und Herren, es ist nicht richtig, dass wir Familien in diesem Land immer noch vor eine solche Entscheidung stellen. Das muss aufhören! Schaffen Sie die Kitagebühren ab!

(Beifall von der SPD)

Bei Svenja Stahlschmidt ist es ganz ähnlich. Ihre jüngere Tochter ist in diesem Monat drei Jahre alt geworden. Würde sie nach Düsseldorf ziehen, müsste sie keinen Cent mehr für die Kita bezahlen. Frau Stahlschmidt und ihr Mann haben ein gutes, mittleres Einkommen. Davon gehen aber im Jahr fast 5.000 Euro für die Kita ab. Weil beide Partner Familie und Beruf vereinbaren wollen, benötigen Sie einen 45-Stunden-Platz.

In der Nachbarfamilie verdient ausschließlich der Vater, und das ziemlich gut. Als Alleinverdienerfamilie reicht ihnen aber ein 35-Stunden-Platz. Sie zahlen deshalb weniger für die Kita, obwohl sie über deutlich mehr Einkommen verfügen. Svenja Stahlschmidt sagte zu mir, dass sie das nicht gerecht findet. Und ich sage: Frau Stahlschmidt, Sie haben recht.

(Beifall von der SPD)

Ich habe gesagt, dass die SPD diesen Menschen eine Stimme im Landtag geben will, aber nicht nur das. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind alle zu einer Stellungnahme zu der Petition für beitragsfreie Kitas in NRW aufgefordert worden. Die Antworten wurden auf der Petitionsseite veröffentlicht. Die SPD hat in großer Anzahl geantwortet. Aus keiner der anderen Fraktionen hat es auch nur einen Abgeordneten gegeben, der ebenfalls Stellung bezogen hat – keinen einzigen.

(Zuruf von Iris Dworeck-Danielowski [AfD])

Wir finden, die Menschen haben eine Antwort verdient. Dazu geben wir Ihnen jetzt die Gelegenheit, indem wir eine namentliche Abstimmung beantragen.

(Beifall von der SPD)

Auf der Besuchertribüne sitzen heute nicht nur Frau Stahlschmidt, Herr Fleuren und seine Frau, auch der Landeselternbeirat und der Bundeselternbeirat sind da. Sie alle wollen wissen, wie die Abgeordneten zu

ihrem Anliegen stehen. Ich lade jede Kollegin und jeden Kollegen von CDU und FDP herzlich dazu ein, mit Ja zu stimmen.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Maelzer, Entschuldigung, dass ich Sie an dieser Stelle unterbreche. Kollege Hafke würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Aber liebend gern.

Marcel Hafke (FDP): Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Vielen Dank, lieber Kollege Dr. Maelzer. Sie erzählen hier wieder mit großer Rhetorik, dass Sie für die Beitragsfreiheit eintreten. Mich würde einmal interessieren, warum Sie in den letzten sieben Jahren

(Zurufe von der SPD: Och! – Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

nicht in der Lage waren, die Auskömmlichkeit für Pi mal Daumen – nach Aussage von Herrn Kutschaty – 1 Milliarde Euro sowie die Beitragsfreiheit,

(Zuruf von der SPD: Bis zum Jahresende könnt Ihr das noch machen, dann ist Schluss!)

die nach verschiedensten Berechnungen zwischen 700 Millionen Euro und 1 Milliarde Euro kostet – das ergibt aufgerundet insgesamt rund 2 Milliarden Euro pro Jahr –, zu finanzieren und den Wählern im letzten Jahr entsprechend vor die Augen zu treten?

(Beifall von der FDP und der CDU – Zurufe)

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Herr Kollege Hafke, ich danke Ihnen ganz herzlich für die Zwischenfrage, weil sie mir auch Zeit gibt, genau dieses Thema in meiner Rede zu beleuchten.

(Beifall von der SPD)

Wir haben in unserer Regierungszeit die Mittel für die Kitas mehr als verdoppelt, um genau 125 %.

(Christian Dahm [SPD]: Hol' den Zollstock raus!)

Das war die Leistung von Rot-Grün. Ihre Leistung – ich darf Sie noch einmal daran erinnern – sind 10 %. Das ist der gewaltige Unterschied. Das haben wir gemacht.

(Beifall von der SPD – Zurufe von der CDU)

Wir haben den Rechtsanspruch für U3 sichergestellt. Wir haben bessere Bedingungen in den Kitas geschaffen. Das alles haben wir in unserer Regierungszeit gemacht. Aber wir haben auch unsere Chancen genutzt: Das letzte Kitajahr in Nordrhein-Westfalen ist beitragsfrei. Auf dem Weg sollten wir weitermachen.

(Beifall von der SPD)

Ich sage Ihnen: Sie haben die Spielräume dazu. 2016 – Norbert Walter-Borjans war noch Finanzminister – hat das Land das erste Mal seit Jahren wieder ein Plus erwirtschaftet. Seitdem haben Sie deutlich mehr als 6 Milliarden Euro zusätzliche Steuereinnahmen. Wie lange sollen denn die Eltern noch auf die Beitragsfreiheit warten? Bis es Geldscheine vom Himmel regnet?

(Beifall von der SPD)

Sie haben gesagt, Sie wollen eine Koalition von Maß und Mitte sein. Frau Stahlschmidt und Herr Fleuren sind Eltern aus der Mitte dieser Gesellschaft, die allerdings über alle Maßen belastet sind. Nehmen wir Ihnen diese Last, die Spielräume sind da!

(Beifall von der SPD)

Ich lade auch die Grünen herzlich ein; ich will das gerne inhaltlich begründen. Bildung ist die Grundlage einer demokratischen Gesellschaft und sollte daher stets kostenfrei zur Verfügung gestellt werden. Dies gilt für die schulische ebenso wie für die frühkindliche Bildung. Das Einkommen der Eltern darf kein Kriterium für den Zugang sein. Alle Kinder, egal aus welchem Haushalt, sollten das Recht auf kostenlose Betreuung haben.

Wichtig ist auch, das Ziel der Beitragsfreiheit nicht gegen das Ziel eines höheren Qualitätsniveaus auszuspielen. Beides ist von hoher Bedeutung, beide Ziele gilt es zu erreichen.

(Beifall von der SPD)

Nun sind das nicht meine Worte. Es sind die Worte der Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen in Dinslaken.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Zeit.

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Ich hatte doch die Zwischenfrage so lange beantwortet.

(Heiterkeit)

Es sind die Worte der grünen Ratsfraktion in Dinslaken. Sie sind aber richtig und wichtig, wenn die frühkindliche Bildung nicht länger als Stiefkind behandelt werden soll.

Deshalb, liebe Freundinnen und Freunde der Grünen: Wir haben gemeinsam gejubelt, als wir die Studiengebühren in Nordrhein-Westfalen abgeschafft haben. Lassen Sie mit uns jetzt Zehntausende Eltern jubeln, die fordern: Weg mit den Kitagebühren in Nordrhein-Westfalen!

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Dr. Maelzer. Seien Sie gewiss, wir machen das hier oben nicht zum ersten Mal und sind sehr gewissenhaft, was das Anhalten der Zeit angeht. Deshalb bekommen gleich auch alle dieselbe Chance der geringfügigen Redezeitüberziehung. – Für die CDU-Fraktion hat Herr Kollege Kamieth jetzt das Wort.

Jens Kamieth (CDU): Schönen Dank. – Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der vorliegende der Antrag der SPD-Fraktion – wohlge-merkt: nur der SPD-Fraktion –

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Ihr habt leider nicht mitgemacht!)

macht mich ein wenig betroffen,

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

zeigt er doch ganz deutlich, dass Sie ganz offensichtlich unter Politikamnesie leiden.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Es war im September 2017, als Sie zuletzt die gebührenfreie frühkindliche Bildung forderten. Der Antrag trug den Titel „Schwarz-Gelbe Hoffnungen ruhen allein auf Martin Schulz und der SPD!“

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Richtig!)

Meine Damen und Herren, lassen Sie das mal auf sich wirken.

Wenn ich Ihren aktuellen Antrag lese, stellt sich auch mir die Frage, die gerade in der Zwischenfrage zu Recht angeklungen ist: Warum haben Sie das, was Sie fordern, nicht selbst gemacht, als Sie verantwortlich waren?

(Beifall von der CDU und der FDP – Gordan Dudas [SPD]: Dann haben Sie nicht zugehört!)

Sie hätten ja nur, wie Sie hier schreiben, eine entsprechende Prioritätensetzung vornehmen müssen, um die rund 700 Millionen Euro im Jahr für die Beitragsfreiheit lockerzumachen.

(Gordan Dudas [SPD]: Dann können Sie jetzt zustimmen!)

– Das hätten Sie doch machen können.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Kamieth, Entschuldigung, dass ich Sie unterbreche. Jetzt würde Ihnen gern Herr Dr. Maelzer eine Zwischenfrage stellen.

Jens Kamieth (CDU): Ich habe es erwartet.

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Herr Kamieth, die entsprechenden Haushaltsanträge haben wir ja gestellt. Es lässt sich also alles abbilden.

Sie haben eben auf Martin Schulz und auf unseren Antrag rekurriert, dass CDU und FDP auf die SPD in Berlin hoffen. Da Sie in Ihrem Koalitionsvertrag geschrieben haben, dass Sie, wenn das Geld vom Bund käme, bereit wären, da etwas zu machen, frage ich: Würden Sie mir bestätigen, dass die SPD die einzige Partei ist, die im Bundestagswahlkampf Gebüh- renfreiheit gefordert hat und die jetzt mit dem Gute- Kita-Gesetz auch Mittel dafür bereitstellt?

(Beifall von der SPD)

Jens Kamieth (CDU): Ich weiß nicht, ob es Ihrer Ministerin in Berlin bekannt ist,

(Regina Kopp-Herr [SPD]: Das ist auch Ihre! – Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

dass die Partei Gelder zur Verfügung stellen möchte. Nach meinem Dafürhalten machen das immer die Regierungen bzw. das Parlament.

Aber wenn Sie es als Wohltat ansehen, dass über einen sehr kurzen Zeitraum 400-Millionen-Euro-Tranchen zur Verfügung gestellt werden mit sehr engen Voraussetzungen, wie das Geld verwendet werden kann, dann liegen Sie in meinen Augen falsch.

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Genau, ihr lagt richtig!)

Entscheidend ist doch, dass wir eine nachhaltige, dauerhaft auskömmliche Finanzierung brauchen. Wenn wir dann die Qualität gesteigert haben, können wir auch an die Beitragsfreiheit denken.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Lassen Sie mich eines feststellen: Das letzte Kitajahr vor der Einschulung ist und bleibt beitragsfrei.

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Jawohl!)

Meine Damen und Herren, ich betone, dass wir auch weitere Schritte in Richtung Beitragsfreiheit unternehmen werden. Sie haben offensichtlich in unseren Koalitionsvertrag hineingeschaut. Darin steht, dass wir die Beitragsfreiheit wollen. Aber wir wollen sie zunächst als zweiten Schritt, dann, wenn die Qualität stimmt und wir eine auskömmliche Finanzierung haben.

(Lisa-Kristin Kapteinat [SPD]: Wie ist die Zeitschiene? – Gordan Dudas [SPD]: Das habt ihr schon jetzt gefordert! – Gegenruf von Josef Hovenjürgen [CDU] – Gordan Dudas [SPD]: Jeden Tag!)

In dem Zusammenhang erlauben Sie mir noch folgende Anmerkung: Aus pädagogischen Gründen, lieber Kollege Dr. Maelzer, ist es sicherlich sinnvoll, das erste Kitajahr beitragsfrei zu machen. Sie haben damals eine Anhörung durchgeführt, und alle Experten haben bestätigt, dass das erste Kindergartenjahr beitragsfrei sein muss.

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Machen Sie doch!)

Denn dann hat es den maximalen pädagogischen Effekt. Sie haben sich damals entgegen den Ratschlägen der Sachverständigen für das letzte Kitajahr entschieden. Und warum? Das haben Ihnen die Haushalter gesagt: weil es billiger ist. – Sie haben sich damals für die Billiglösung entschieden.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Kamieth, Entschuldigung, dass ich Sie ein zweites Mal unterbreche. Jetzt gibt es den Wunsch nach einer Frage bei Herrn Kollegen Müller von der SPD-Fraktion.

Jens Kamieth (CDU): Ja, kenne ich auch.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Bitte schön. Das Mikro ist frei.

Frank Müller (SPD): Vielen Dank, Herr Kollege Kamieth. Sie haben gerade aus Ihrem Koalitionsvertrag zitiert und die Schritte beschrieben. Ein Koalitionsvertrag ist ja mit Blick auf die Wahlperiode abgeschlossen. Können Sie uns noch einmal genau sagen, wann die Gebührenfreiheit innerhalb dieser Wahlperiode kommen wird? Sie müsste dann ja spätestens im Jahr 2021/22 erfolgen.

Jens Kamieth (CDU): Sie haben möglicherweise mitbekommen, dass wir uns in KiBiz-Beratungen befinden. In dem Zuge wollen wir das anpacken, was Sie sieben Jahre lang nicht angepackt haben.

(Beifall von der CDU und der FDP – Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Das glaubt Ihnen keiner, was Sie da erzählen!)

Wir wollen eine Qualitätssteigerung, wir wollen eine nachhaltige Finanzierung.

(Frank Müller [SPD]: Wann kommt die Gebührenfreiheit?)

Wir wollen nicht mehr in eine Situation kommen, dass Träger sagen: Wir können die Kita nicht mehr betreiben, weil wir nicht genug Geld haben. – In der Situation sind wir gewesen.

Sie sagen jetzt, dass Zehntausende von Eltern die Beitragsfreiheit wollen. Ich kenne diese Stimmen.

(Zuruf von Frank Müller [SPD])

Ich kenne aber auch Stimmen, die sagen: Wir wollen lieber Qualität; uns ist die Qualität wichtiger.

(Carsten Löcker [SPD]: Ach so! Gar keine Beiträge! – Christian Dahm [SPD]: Fragen wir die Eltern doch mal!)

Es ist nun nicht so, als ob ich das als Einziger sage. Wir sind da in sehr prominenter Gesellschaft. Die kommunalen Spitzenverbände beispielsweise sagen: Qualität geht vor Beitragsfreiheit.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Das Institut der deutschen Wirtschaft sagt: Qualität geht vor Beitragsfreiheit.

Auch die von Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, in Ihrem Antrag erwähnte Bertelsmann Stiftung sagt, dass es wichtiger ist, Qualität zu haben als Beitragsfreiheit.

Sie ziehen den ElternZOOM der Bertelsmann Stiftung heran. Dieser sagt aber doch, dass die meisten Eltern sogar bereit wären, mehr für Kitas zu bezahlen, wenn die Qualität besser wird.

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, die NRW-Koalition entspricht dem expliziten Wunsch nach mehr Qualität in der frühkindlichen Bildung. Das ist unser wichtigstes Ziel.

Da stehen wir auch vor der Umsetzung. Wir stehen für den umfassenden Neustart in der frühkindlichen Bildung nach sieben Jahren rot-grünen Stillstands. Ich will die Schlaglichter, die wir hatten, noch einmal benennen:

Wir haben erstens das Rettungspaket auf den Weg gebracht. Wir haben jetzt zweitens die Anschlussfinanzierung bis zum Kindergartenjahr 2019/2020 sichergestellt.

(Zuruf von Dr. Dennis Maelzer [SPD])

Wir werden drittens die Investitionen in Kindertageseinrichtungen, in die Kindertagespflege stemmen. Das sind 94 Millionen Euro, die wir im Haushalt haben.

Wir haben viertens für die Zeit ab 2019 die nicht abgerufenen Gelder wieder in den Haushalt hineinholen können. Es ist ein großer Erfolg für den Familienminister, dass er diesen ganz neuen Weg gegangen ist. Als i-Tüpfelchen haben wir gestern endgültig beschlossen: Es gibt noch mal 30 Millionen Euro, die aktuell sofort zur Verfügung stehen.

Dann werden wir fünftens noch ein Kinderbildungsgesetz auf den Weg bringen, das genau das hinbekommt, was Sie sieben Jahre nicht geschafft haben, nämlich eine auskömmliche, dauerhaft tragfähige Kitafinanzierung hin zu mehr Qualität und mehr Flexibilität.

Meine Damen und Herren, wir lassen uns dabei von dem einen Ziel leiten: Wir wollen Aufstieg für alle, und

das von Anfang an. Wir werden die Schritte konsequent und entschlossen fortsetzen.

Wir freuen uns, wenn Sie uns durch Ihre Anträge immer wieder die Gelegenheit geben, erneut deutlich zu machen, wie wichtig uns eine gute Qualität in Kitas ist. Wir haben das fest im Blick und werden das tun, was Sie in der ganzen Zeit nicht geschafft haben. Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD und von den Grünen, haben sieben Jahre lang geschlafen. Wir handeln.

(Zuruf von der SPD: Sollen die Eltern jetzt zwischen mehr Qualität und mehr Geld wählen?)

Vielen Dank und alles Gute für die anstehende Weihnachtszeit und den Jahreswechsel. Vielleicht bekommen wir noch einen friedlichen Abschluss dieses Tagesordnungspunktes hin.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Kamieth. – Ich will noch mal auf eines hinweisen: Ich habe gesehen, dass eine weitere Zwischenfrage beantragt worden ist. Aber § 34 Abs. 3 unserer Geschäftsordnung besagt, bei einer Rede sollen nicht mehr als zwei Zwischenfragen zugelassen werden. Den Paragraphen habe ich jetzt für diese Debatte für mich zu Rate gezogen.

Der nächste Redner ist Herr Kollege Freynick von der FDP-Fraktion.

Jörn Freynick (FDP): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen vor allen Dingen von SPD und Grünen! Wenn Sie sich fragen, wie lange Sie sich das mit den sieben Jahren noch anhören müssen, gebe ich Ihnen schon die Garantie darauf, dass Sie sich auch noch die nächsten sieben Jahre anhören können,

(Zurufe von der SPD)

dass Sie sieben Jahre lang nichts getan haben.

(Stefan Kämmerling [SPD]: Das ist ja ein Knaller! Ein Knaller bist Du! – Weitere Zurufe von der SPD)

Besonders in Bezug auf die Kitas haben wir als Regierung ein marodes System mit zahlreichen Baustellen vorgefunden,

(Zuruf von Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD])

Baustellen, die Sie jahrelang nicht angerührt haben. Diese Baustellen arbeitet die Landesregierung nun kontinuierlich ab.

Eine verantwortungsvolle und nachhaltige Lösung geht dabei nicht nach dem Wunsch-dir-was-Prinzip. Zu Regierungszeiten wussten das offensichtlich auch noch die SPD und die Grünen.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Entschuldigung, dass ich Sie bereits unterbrechen muss. Es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage bei Herrn Kollegen Dudas.

Jörn Freynick (FDP): Ja, bitte.

Gordan Dudas (SPD): Vielen Dank, Herr Kollege, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. – Sie haben ja gerade gesagt, dass wir uns das mit den sieben Jahren auch noch die nächsten sieben Jahre anhören müssen. Gehe ich also recht in der Annahme, dass Sie die von Ihnen im Koalitionsvertrag vereinbarte Beitragsfreiheit in den nächsten Jahren nicht umsetzen werden?

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Jörn Freynick (FDP): Herzlichen Dank, Herr Kollege, für diese Frage. Es geht natürlich um den Punkt, dass Sie sieben Jahre lang untätig gewesen sind und für die Kinderbetreuung in unserem Land bei Weitem nicht genug getan haben. Sie haben es leider versäumt, ein neues Kinderbildungsgesetz auf den Weg zu bringen.

(Beifall von der FDP – Sarah Philipp [SPD]: Das ist aber noch keine Antwort!)

Sie haben versäumt, es richtig zu evaluieren. Sie haben es auch versäumt, neue Weichenstellungen vorzunehmen. Das halten wir Ihnen vor, und das werden wir Ihnen auch noch die nächsten sieben Jahre vorhalten.

(Zuruf von Stefan Kämmerling [SPD] – Weitere Zurufe von der SPD)

So, ich fahre in meiner Rede fort.

Die SPD hat es leider nicht geschafft, den Betrieb von Kitas auskömmlich zu finanzieren. Diese mussten wir dann auch mit einem Rettungspaket vor der Pleite retten. Kaum in der Opposition, finden die Sozialdemokraten auf einmal den Mut, schon zum nächsten Jahr Millionen an Mehrausgaben zu beantragen. Nur ein kleines bisschen von diesem Mut schon zu Regierungszeiten hätte vielen Kindern in NRW und deren Eltern massiv geholfen.

Wir versprechen den Eltern nicht das Blaue vom Himmel. Überhaupt halten wir uns eher an die Devise, statt anzukündigen lieber mehr zu machen. Deshalb setzen wir ganz klare Prioritäten und kümmern uns als Erstes um die drängendsten und wichtigsten Bereiche. Ausschlaggebend ist für uns dabei immer an allererster Stelle das Interesse der Kinder und als Zweites selbstverständlich das Interesse der Eltern.